

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössische Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung

elektronisch an: beatrice.tobler@sbfi.admin.ch

Schwyz, 17. Dezember 2019

WBF: Vernehmlassung i.S. Änderung Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. September 2019 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation zur Vernehmlassung bis 20. Dezember 2019 unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns zur Vorlage wie folgt:

Im Grundsatz sind wir mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation einverstanden. Wir begrüssen, dass die Innosuisse mehr Spielraum erhalten soll und eine stärkere Förderung von Jungunternehmen vorgesehen ist. Die vorgeschlagene Flexibilisierung des Betrags, den Umsetzungspartner übernehmen müssen, begünstigt Projekte mit Beteiligung von Partnern, die nicht Wirtschaftsunternehmen sind, wie zum Beispiel aus dem sozialen Bereich oder aus der Bildung.

Nach unserer Auffassung wird der Begriff der Innovation und ihrer Entstehung jedoch zu eng auf die technischen, ökonomischen und naturwissenschaftlichen und somit insgesamt wirtschaftsnahen Bereiche ausgelegt. Innovation geschieht aber gleichermassen auch in den fachlichen Bereichen der Geisteswissenschaften, der Sozialwissenschaften und der Kultur und kann in der Gesellschaft bedeutsame Auswirkungen im sozialen, kulturellen und im Bildungsbereich haben. Es ist daher wichtig, dass neben Projekten mit ökonomischem Nutzen auch solche mit gesellschaftlichem Nutzen stärker berücksichtigt werden können. Wir unterstützen deshalb den von swissuniversities eingereichten Ergänzungsvorschlag, indem wir ebenfalls den folgenden Antrag stellen:

Antrag:

Ergänzung von Art. 19 mit einem neuen Abs. 3^{ter} wie folgt:

«Sie kann wissenschaftsbasierte Innovationsprojekte von nichtkommerziellen, gemeinnützigen oder öffentlichen Einrichtungen fördern, wenn die Projektarbeiten hohen gesellschaftlichen Nutzen aufweisen, insbesondere in den Bereichen der angewandten Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften und Kultur. Der Beitrag der Innosuisse dient zur teilweisen oder vollständigen Deckung sowohl der den nichtkommerziellen, gemeinnützigen oder öffentlichen Institutionen selbst entstehenden direkten Projektkosten als auch der Kosten für Drittleistungen. Die Innosuisse legt die Kriterien für die Bestimmung der Höhe der Eigenleistungen der nichtkommerziellen, gemeinnützigen oder öffentlichen Institutionen in ihrer Beitragsverordnung (Art. 7 Abs. 1 Bst. e des Innosuisse-Gesetzes vom 17. Juni 2016) fest. Sie berücksichtigt dabei insbesondere die Kriterien nach den Absätzen 2^{ter} und 2^{quater}.»

Wir hoffen, Ihnen mit den vorstehenden Ausführungen zu dienen und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.